

## **Antwort der Bundesregierung**

### **auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/12915 –**

#### **Bericht zum Stand der Deutschen Einheit**

##### Vorbemerkung der Fragesteller

Der Bericht zum Stand der Deutschen Einheit erscheint unter dem neuen Staatsminister für Ostdeutschland in einem jährlichen Wechsel mit dem Bericht des Ostbeauftragten ([www.ostbeauftragter.de/ostb-de/themen/bericht-de-s-ostbeauftragten/neuer-blick-auf-ostdeutschland](http://www.ostbeauftragter.de/ostb-de/themen/bericht-de-s-ostbeauftragten/neuer-blick-auf-ostdeutschland)). In diesem Jahr erwarten die Fragesteller einen neuen Bericht des Ostbeauftragten. Der zuletzt vorgelegte Bericht zum Stand der Deutschen Einheit war nach Auffassung des Fragestellers enttäuschend und gleicht einer Aufzählung statistischer Kennzahlen. Ostdeutschland bleibt nach Auffassung der Fragesteller in diesem Bericht weiterhin der demagogische Begriff für eine Region, die an einem westdeutschen Bewertungsmaßstab gemessen wird. Es ist richtig, dass sich strukturelle Unterschiede in Einkommen, Wohneigentum, Erbschaften verstetigt haben. Dennoch ist der ländlich geprägte Osten in verschiedenen Regionalrankings nicht mehr das Schlusslicht und lässt vermehrt Regionen in Westdeutschland hinter sich zurück ([www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report\\_2024-IW-Regionalranking-2024.pdf](http://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-IW-Regionalranking-2024.pdf)).

Soll der Bericht ein alljährliches Ritual sein, um über die Erfolge von Gesetzen, Förderprogrammen und Institutionen in Ostdeutschland zu informieren, oder trägt es vielmehr dazu bei, das Gefühl der Benachteiligung nachhaltig zu manifestieren? Mit dem Bericht des Ostbeauftragten im Jahr 2022 wurde nach Auffassung der Fragesteller ein einmaliger Ansatz geschaffen, das Stereotyp Ostdeutschland durch Gastbeiträge aufzubrechen. Es wurde das Bild der kulturellen Region Ostdeutschland mit ihren Traditionen gezeichnet. Es sind nicht die strukturellen Unterschiede, die Ostdeutschland ausmachen, sondern diese verschiedenen Mentalitäten.

Der darauffolgende Bericht verfällt dagegen nach Auffassung der Fragesteller in alte Muster. Im Bericht zum Stand der Deutschen Einheit 2023 wird getitelt: „Die Einheit ist vollendet, aber noch nicht vollkommen“ ([www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/deutsche-einheit-2023-2226088](http://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/deutsche-einheit-2023-2226088)). Das Bild der vielfältigen kulturellen Regionen und des sozioökonomischen Aufschwungs in Ostdeutschland verblasst nach Auffassung der Fragesteller. Im Teil A werden politische Kursstellungen der Bundesregierung und deren vermeintliche Bedeutung für Ostdeutschland aufgezeigt, was die Realität der ostdeutschen Interessen und deren Wahrnehmung nach Auffassung der Fragesteller verleugnet. Der Bericht zum Stand der Deutschen Einheit bedarf nach Auffassung der Fragesteller eines Paradigmenwechsels, der Lösungen

für die strukturellen Ungleichheiten anbietet und auf Augenhöhe die Einheit in Ost- und Westdeutschland abbildet.

1. Inwiefern hält die Bundesregierung den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit in seiner jetzigen Form für zeitgemäß?

Auftraggeber des Berichtes zum Stand der Deutschen Einheit in seiner jetzigen Form ist der Deutsche Bundestag. Ausgehend von dessen Beschluss vom 9. Mai 1996 (zu Buchstabe a der Beschlussempfehlung auf Bundestagsdrucksache 13/3643 (zum Antrag Bundestagsdrucksache 13/2586)) berichtet die Bundesregierung dem Parlament seit 1997 jährlich über den Stand der Deutschen Einheit. Der Folgebeschluss des Deutschen Bundestages vom 19. Mai 2000 (Bundestagsdrucksache 14/2608) fordert eine solche Berichterstattung nicht im jährlichen Turnus, sondern in regelmäßigen Abständen. Zuletzt am 28. Mai 2009 hat der Deutsche Bundestag – zu Nummer 1 der Beschlussempfehlung auf Bundestagsdrucksache 16/13121 (zum Entschließungsantrag auf Bundestagsdrucksache 16/10852) – beschlossen, die Berichterstattung zum Stand der Deutschen Einheit in regelmäßigen Abständen fortzusetzen. Seit 2022 geschieht das im jährlichen Wechsel mit einem eigenständigen „Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland“. Solange der Deutsche Bundestag die Berichterstattung zum Stand der Deutschen Einheit für zeitgemäß hält, wird die Bundesregierung diesen Auftrag erfüllen.

2. Würde die Bundesregierung mit der Abschaffung des Ostbeauftragten eine Veröffentlichung zum Stand der Deutschen Einheit fortsetzen?

Die Bundesregierung erfüllt den Auftrag des Deutschen Bundestages. Dieser wurde nicht im Zusammenhang mit dem Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland erteilt. Es steht deshalb nicht im Ermessen der Bundesregierung, über die Abschaffung des Berichts zum Stand der Deutschen Einheit zu entscheiden.

3. Weshalb hat die Bundesregierung für die diesjährige Ausgabe den Titel „Bericht 2024 – Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen“?

Der Bericht schaut nicht nur auf Ostdeutschland, sondern auf Gesamtdeutschland und die Rolle, die Ostdeutschland darin spielt. An zahlreichen Beispielen wird illustriert, dass die Friedliche Revolution von 1989/1990, die Wiedervereinigung, die grundlegende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in den östlichen Bundesländern sowie die seither vergangenen fast 35 Jahre Deutschland als Ganzes geformt haben. Im Innern wie auch in den Beziehungen nach außen musste sich Deutschland neu erfinden. Das Land ist heute vereint in Freiheit. Doch diese Einheit ist nicht vollkommen. Der Bericht weicht auch ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen nicht aus, sondern diskutiert diese offen. Er zeichnet so ein realistisches Bild unseres Landes mit seinen Problemen, Erfolgen und Gemeinsamkeiten. Die Beiträge im Bericht beschäftigen sich mit Kontinuitäten und Brüchen des Vereinigungsprozesses und erkunden, wo wir gemeinsam Neuland betreten haben. Dabei wird deutlich: Ost und West sind längst viel enger miteinander verbunden, als es manchmal scheint.

Das belegt auch der Deutschland-Monitor, eine jährliche, regional differenzierte und repräsentative Befragung von über 4 000 Menschen in Ost und West zu Kontinuität und Wandel der gesellschaftlichen Stimmungslagen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Sie wird vom Ostbeauftragten gefördert, der

damit einer Empfehlung der Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ von 2020 folgt. Der Deutschland-Monitor widmet sich 2024 dem Schwerpunktthema „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“. Ein Ergebnis besteht darin, dass sich die Befragten mehrheitlich wünschen, dass freiheitlich-demokratische Grundrechte und -werte gewährleistet sind (v. a. Gleichberechtigung der Geschlechter, Chancengleichheit, friedliche Koexistenz der Religionen, gelebtes soziales Miteinander, soziale Gerechtigkeit, Anerkennung individueller Leistung).

Freiheitsrechte (z. B. Presse-, Meinungs-, Glaubensfreiheit) sind für die Bevölkerung konsensuell von hoher Wichtigkeit. Jedoch werden v. a. bei der Presse- und Meinungsfreiheit Defizite geäußert, überdurchschnittlich oft in Ostdeutschland. Der diesjährige Bericht des Ostbeauftragten zeigt: Es bleiben Unterschiede zwischen Ost und West. Diese Unvollkommenheit ist kein Makel, sondern Ausdruck einer regionalen Vielfalt, von der das ganze Land profitiert.

4. Wird die Bundesregierung im kommenden Jahr einen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit vorlegen, und wenn ja, warum hält die Bundesregierung am Konzept des jährlichen Wechsels zwischen dem einen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit und dem Bericht des Ostbeauftragten fest?

Die Bundesregierung erfüllt mit der regelmäßigen Veröffentlichung eines Berichtes zum Stand der Deutschen Einheit einen Auftrag des Deutschen Bundestages. Vgl. die Antwort zu Frage 1.

5. Welche Themen wird der Bericht des Ostbeauftragten zum Stand der Deutschen Einheit abbilden, und warum wurden diese Themen ausgewählt?

2024 ist ein Jahr großer Jubiläen der Demokratie in Deutschland: Die Bundesregierung erinnert dabei an 75 Jahre Geltung des Grundgesetzes und 35 Jahre Friedliche Revolution. Deshalb reflektiert der diesjährige Bericht sowohl die Grundlagen der Demokratie im vereinten Deutschland als auch gesellschaftliche Debatten zur gelebten Demokratie. Die Auswahl der Themen nimmt zudem auf, dass die Friedliche Revolution 1989 ebenso wie die Debatten heute nicht in (Ost-)Deutschland allein geführt werden, sondern in einem weiteren europäischen Kontext stehen. 20 Gastautorinnen und -autoren werfen jeweils innerhalb dieser Themensetzung einen individuellen Blick auf Gesamtdeutschland. In der Zusammenschau der schlaglichtartigen Beiträge wird deutlich, wie die vergangenen 35 Jahre unser Land geprägt haben. Es liegt dabei in der Natur der Sache, dass Schlaglichter auf Themen sowie die Auswahl der Personen, die sie in Beiträgen bearbeiten, eine auf das jährlich wechselnde Oberthema gerichtete redaktionelle Auswahl unter einer Vielzahl von Möglichkeiten darstellen.

Die verschiedenen Themen des diesjährigen Berichts, der auch unter [www.ostbeauftragter.de](http://www.ostbeauftragter.de) abrufbar ist, sind dem anliegenden Inhaltsverzeichnis zu entnehmen (s. Anlage\*).

6. Inwiefern fließen Ergebnisse aus dem Gleichwertigkeitsbericht 2024 in den kommenden Bericht des Ostbeauftragten ein?

Die Bundesregierung beschreibt im Gleichwertigkeitsbericht umfassend den Stand und die Entwicklung der Lebensbedingungen vor Ort auf Basis verfügba-

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/13279 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

rer Indikatoren. Ergänzend dazu werden die Ergebnisse einer erstmals durchgeführten umfassenden Befragung von Bürgerinnen und Bürgern in allen 400 Kreisen und kreisfreien Städte Deutschlands vorgestellt. Dies ermöglicht eine Verknüpfung der objektiv messbaren Entwicklungen mit subjektiven Einschätzungen und schafft damit eine neue evidenzbasierte Grundlage für die Gleichwertigkeitspolitik der Bundesregierung. Im Bericht werden darüber hinaus die zahlreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse erstmals systematisch beschrieben und eingeordnet. Zudem enthält der Bericht die Ergebnisse eines vom BMWK beauftragten Forschungsgutachtens, in dem die räumliche Verteilung und Wirkung der Programme im Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen (GFS) überprüft werden.

Der Bericht des Ostbeauftragten 2024 hingegen illustriert an zahlreichen Beispielen, dass die Friedliche Revolution von 1989/1990, die Wiedervereinigung, die grundlegende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in den östlichen Bundesländern sowie die seither vergangenen fast 35 Jahre Deutschland als Ganzes geformt haben. In 20 Gastbeiträgen wird dieser Umstand in den verschiedensten Themenfeldern aus ihrer jeweiligen Perspektive beleuchtet. Darüber hinaus werden auch die begleitenden Maßnahmen zum Braunkohleausstieg beschrieben sowie die Entwicklung des Industriestandort Ostdeutschlands. Insgesamt hat der Bericht des Ostbeauftragten im 35. Jahr der friedlichen Revolution einen deutlich anderen Schwerpunkt als der Gleichwertigkeitsbericht.

7. Zu welchem Ergebnis kommt das Bundeskonzept zur Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen auf in Bezug auf die Umsetzung von Maßnahmen, die auf eine Steigerung des Anteils hinwirken sollen?

Mit dem von der Bundesregierung im Januar 2023 verabschiedeten Konzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen in der Bundesverwaltung wurde erstmals auf umfassender, aktueller und empirischer Grundlage in Bundesbehörden eine öffentliche Debatte über die Vertretung von Ostdeutschen in Leitungspositionen angestoßen. Ein zentrales Anliegen des Konzeptes ist es, das Bewusstsein für mehr Vielfalt in der Bundesverwaltung und in der Gesellschaft insgesamt zu schärfen und zur Sensibilisierung für die Bedeutung einer vielfältigen Führungskultur beizutragen. Das Konzept wird jährlich fortgeschrieben. So werden die Daten von Führungskräften zum Stichtag 30. Juni neu erhoben und ausgewertet sowie die in den Bundesressorts ergriffenen Maßnahmen dargestellt. Die Datenauswertung über die letzten beiden Jahre zeigt insgesamt eine leicht steigende Tendenz über alle Führungsebenen. Die Maßnahmen zeigen erste Wirkungen, machen aber zugleich deutlich, dass noch weitere Anstrengungen erforderlich sind.

8. Inwiefern spiegelt der Bericht des Ostbeauftragten aus Sicht der Bundesregierung die unterschiedlichen regionalen Entwicklungen in Ostdeutschland und Westdeutschland wider?

Die Antwort zu Frage 8 ergibt sich aus der Antwort zu Frage 3.

9. Sieht die Bundesregierung in der Veröffentlichung des Berichts einen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse?

Der Bericht des Ostbeauftragten leistet keinen eigenständigen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Er ist vielmehr

als Instrument der öffentlichen Debatte über das konzipiert, worin gleichwertige Lebensverhältnisse bestehen sollten.

10. Welche wissenschaftlichen Institutionen und Bundesbehörden haben an der Erarbeitung des diesjährigen Berichts mitgearbeitet, und anhand welcher Kriterien erfolgte die Auswahl (bitte nach Personenzahl beispielsweise im Arbeitsstab des Ostbeauftragten der Bundesregierung sowie wissenschaftlichen Institutionen, Bundesbehörden aufschlüsseln)?

Der Teil D des Berichts des Ostbeauftragten 2024 (Seite 153 bis 174) mit dem Titel „Deutschland-Monitor 2024: Gesellschaftliche und politische Einstellungen: Kurzbericht ‚In welcher Gesellschaft wollen wir leben?‘“ beinhaltet einen Kurzbericht zum diesjährigen Schwerpunktthema des Deutschland-Monitors. Der Deutschland-Monitor geht auf eine Handlungsempfehlung der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ zurück und wird im Rahmen eines vom Ostbeauftragten geförderten Modellvorhabens von einem Forschungskonsortium aus Zentrum für Sozialforschung Halle, Universität Jena und Leibniz-Institut GESIS realisiert. An dem Kurzbericht haben jeweils drei Mitarbeitende der Universität Jena und des Leibniz-Instituts GESIS sowie zwei Mitarbeitende des Zentrums für Sozialforschung Halle mitgewirkt.

Der Beitrag „Elitenurvey 2023 – Die Unterrepräsentation Ostdeutscher in Elitenpositionen aus Sicht deutscher Eliten“ wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Elitenmonitor – Personelle Unterrepräsentation der Ostdeutschen in zentralen Führungspositionen“ von vier Wissenschaftlern des Forschungskonsortiums der Universität Leipzig und der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellt.

11. Wie viele der Autoren, die am Bericht zum Stand der Deutschen Einheit mitgewirkt haben, stammen aus Ostdeutschland?

Die geographische Herkunft der Autorinnen und Autoren ist nicht in jedem Fall bekannt. Diese zu ermitteln, ist nicht Aufgabe des Ostbeauftragten der Bundesregierung oder einer anderen Regierungsstelle. Nicht zuletzt deshalb, weil das wichtigste Ziel und die weitreichendste Konsequenz des Falls von Mauer und Stacheldraht sowie der sich anschließenden Wiedervereinigung war, dass alle Deutschen ohne politisch begründete Beschränkung frei in ihrem vereinten Land leben können. Seit der Friedlichen Revolution 1989 wanderten laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) mindestens 3,9 Millionen Deutsche von Ostdeutschland in den Westen und 2,6 Millionen in die umgekehrte Richtung. Hinzu kommt die veränderte Bedeutung Berlins im Osten Deutschlands sowie im Gefüge des vereinten Landes. In der Hauptstadt verspricht eine Unterscheidung zwischen Ost und West kaum noch Erkenntnisgewinn. Einige der Autorinnen und Autoren leben nicht in Deutschland oder sind nicht im Land geboren worden. Angesichts dessen, und angesichts des Zeitablaufs seit der Wiedervereinigung, ist eine Einordnung als Ost- oder Westdeutscher auf der Grundlage des Geburtsortes zwar statistisch eindeutig, besitzt aber nur eine begrenzte Aussagekraft. Eine rechtsverbindliche oder allgemein akzeptierte Definition, wer als Ostdeutsche oder Ostdeutscher zählt, existiert nicht. Zieht man den derzeitigen Wohn- bzw. Wirkungsort als Grundlage der Beantwortung der Frage heran, leben oder arbeiten 12 der 22 Autorinnen und Autoren in einem ostdeutschen Bundesland (ohne Berlin).

12. Welche Kosten fallen für die Erstellung des Berichts an (bitte nach externen Vergaben und internen Kapazitäten aufschlüsseln)?

Die Abrechnung des Berichts des Ostbeauftragten 2024 ist noch nicht abgeschlossen, so dass die Ist-Ausgaben derzeit nicht vollständig bezifferbar sind.

Für die Erstellung des „Bericht zum Stand der deutschen Einheit 2023“ sind externe Kosten in Höhe von 104 950,92 Euro (Rahmenvertragsabruf nach § 15 UVgO für die Gestaltung des Layouts und die Drucklegung) angefallen.

Die internen Kapazitäten lassen sich nicht im Einzelnen aufschlüsseln. Sie werden im Arbeitsstab des Ostbeauftragten nicht auf den Bericht bezogen dokumentiert. Die Mehrzahl der Beiträge im Bericht zum Stand der Deutschen Einheit werden im Übrigen aus den Bundesressorts zugeliefert. Über die dort eingesetzten Kapazitäten liegen beim Arbeitsstab des Ostbeauftragten keine bezifferbaren Informationen vor.

Anlage 1/1 zu Frage 5 auf BT-Drs. 20/12915.

Folgende Themen werden im Bericht behandelt:

- Lech Wałęsa: Die Hoffnung der Demokratie: Europa
- Anke Rehlinger: Transformation als politische Herausforderung
- Gabrielius Landsbergis: Litauen und Deutschland: Richtung strategischer Partnerschaft
- Ines Härtel: Einheit und Freiheit (zu 75 Jahren GG und 34 Jahren GG im vereinten Deutschland)
- Kerstin Brückweh: Politische Erzählungen zu zentralen Jahrestagen: 75 Jahre Grundgesetz und Bundesrepublik
- Michael Hüther: Der Osten steht auf eigenen Füßen (zur ökonomischen Lage in Ostdeutschland)
- Judith Borowski: „Ohne Demokratie gäbe es uns nicht“ (Unternehmensbeispiel NOMOS Glashütte)
- Charlotte Bartels, Theresa Neef: Einkommens- und Vermögensunterschiede drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung: Die anhaltende wirtschaftliche Teilung zwischen Ost- und Westdeutschland
- Wolfgang Schroeder: Sozialpartnerschaft in Ostdeutschland
- Michael Behr: Thüringen zieht an! Wie die erfolgreiche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt einen stärkere Zuwanderung aus dem Ausland ermöglicht und benötigt
- Sven Schulze und Stephan Keller: Nach der Parteiendemokratie? Interview zur Zukunft der Kommunalpolitik am Beispiel der Partnerstädte Chemnitz und Düsseldorf
- Mika Beuster: Medienarbeit in einer polarisierten Öffentlichkeit
- Tim Leibert: Demografische Trendwende im Wanderungsverhalten in ländlichen Räumen Ostdeutschlands?
- Anne Hahn: Das war ein Land, in dem ich nicht würde leben wollen! (Erfahrungen mit Zeitzeugengesprächen zur DDR)
- Jörg Ganzenmüller: Zweierlei Erinnerung? Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland

- Anne Rabe: Ein anderes Land (Erfahrungen von Lesereisen mit ihrem Buch „Die Möglichkeit von Glück“)
- Balbina: Sprache, meine mobile Heimat (Reflexionen zur Bedeutung der deutschen Sprache aus Sicht einer deutsch-polnische Sängerin, Komponistin und Liedtexterin)
- Frank Willmann: Über die Rolle des Fußballvereins FC Energie Cottbus
- Juliane Stückrad: Mitte und Rand – Eine ethnografische Erkundung entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze
- Ulrich Kneise: Fotografie- und Reisetagebuch „Randgebiete – Geschichten von drüben“
- Gründung und Ausrichtung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation
- Stärkung der Industrie in Ostdeutschland
- Strukturstärkung in den ostdeutschen Kohleregionen
- Fachkräfte: Im Osten zeigen sich die Herausforderungen des Westens
- Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen – Fortschreibung des Bundeskonzepts
- Elitensurvey 2023
- Deutschland-Monitor 2024



*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*